



VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisvereinigung Lüneburg -
Postfach 1711
2120 Lüneburg

Freiherr Otto von Fircks, ehem.

SS- Obersturmführer

jetzt Vorsitzender
des Trägervereins
Ostpreußisches
Jagd- und Landesmuseum

eröffnet am 26./27. Juni
in der Ritterstraße
in Lüneburg das

Ostpreußische Landesmuseum

Revanchismus führt zum Krieg!

Boykottiert den Eröffnungs-Propagandarummel!

Keine öffentlichen Gelder für die neuen Ostlandritter!
Macht aus dem Revanchistentempel eine Stätte der antifaschistischen und demokratischen Kultur!



Ist das alles
schon wieder
vergessen?

Liebe Leserin ! Lieber Leser !

Viele Millionen Bewohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete haben ab 1945 ihren Wohnort und ihren damaligen Lebenszusammenhang verlassen müssen. Ein Großteil von ihnen lebt seither in der Bundesrepublik Deutschland.

Diese subjektiv oft als Unrecht empfundene Umsiedlung begreifen zu können, die Vergangenheit auch wirklich zu bewältigen, hängt davon ab, ob die Ursachen und Triebkräfte verstanden werden, die dazu geführt haben: Die entscheidende Ursache für Flucht und Umsiedlung liegt in den verbrecherischen Welteroberungsplänen, in der Ideologie und Politik des deutschen Faschismus. Die Nazis wollten die "Unterwerfung der europäischen Völker vom Atlantik bis zum Ural, um diese Völker in billige Arbeitskräfte für die deutsche Industrie zu verwandeln, um die slawischen Völker kollektiv zu Sklavenarbeitern für die deutsche Wirtschaft zu machen...(und die)...Eroberung all dieser Länder, um sich Rohstoffe anzueignen, die Fabrikanlagen und den Grund und Boden."(Kühnl).Die Herrschaftskonzeption der Nazis in den von ihnen besetzten Gebieten bzw. Polen, wurde z.B. durch die umfangreiche Vertreibung und Ermordung von Polen umgesetzt. Ganze polnische Landstriche wurden derart "polenfrei" gemacht.

Als es im Osten der sowjetischen Armee gelang, die faschistische Wehrmacht zu stoppen und mit dem faschistischen Völkermord in Osteuropa Schluß zu machen, kam es zur Massenflucht der Deutschen aus diesen Ländern. Eine erste große Flüchtlingswelle setzte im Oktober 1944 ein. Eine zweite große Flüchtlingswelle wurde von den Faschisten zusammen mit dem Rückzug der Wehrmacht organisiert. Die Durchhalteparolen der Nazis führten dazu, daß diese Flüchtlingsbewegung erst in letzter Minute erfolgte und die Bevölkerung völlig unvorbereitet war. Zum Teil wurden diese Flüchtlinge sogar von der zurückflutenden Nazi- Wehrmacht als lebender Schutzwall eingesetzt.

Mit der Zurückgabe der Ostgebiete an Polen und andere osteuropäische Staaten und der Umsiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten ab 1945/46 (beschlossen auf den Konferenzen der Alliierten in Jalta und Potsdam) wurde auf dem Hintergrund auch der Erfahrungen, die man mit den deutschen Bevölkerungsteilen gemacht hatte, unter die faschistische Politik in diesen Gebieten ein Schlußstrich gezogen, um diesen Gefahrenherd für den Frieden ein für alle mal auszuschalten.

Der damalige US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte bereits 1943:" Wir sollten Vorkehrungen treffen, die Preußen...aus Ostpreußen wegzubringen...dies sei zwar ein hartes Verfahren, aber der einzige Weg, den Frieden zu erhalten."

Diese historischen Tatsachen will die Führung der "Vertriebenenverbände" bis heute nicht nur nicht anerkennen, sondern sie ist auch jetzt noch darum bemüht, den realen Geschichtsprozeß zu verfälschen. Dabei wird ein "Heimatgefühl" von Millionen Menschen für die Ziele einer entspannungsfeindlichen Politik miß-

braucht, indem man die bestehenden Grenzen in Europa in Frage stellt und die "deutsche Frage" offenhalten will. Eine derart leichtfertige und friedensgefährdende Haltung sichert der Verbandsführung um die Vertriebenenchefs Czaja und Hennig lautstarken Beifall und bereitwillige Unterstützung alt- und neofaschistischer Kreise.

Während seit der Bonner Wende in vielen sozialen und kulturellen Bereichen der Rotstift rigoros angesetzt wird, fließen die finanziellen Zuwendungen an die Vertriebenenverbände. Millionenbeträge werden für die sog. ostdeutsche Kulturarbeit lockergemacht, um den Ausbau von Sammlungen, Archiven und Museen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg zu fördern - allesamt in der Regie der Revanchistenverbände. Die politische Losung zur Fortsetzung des Kalten Krieges mit (gar nicht so) anderen Mitteln hatte BdV-Generalsekretär Neuhoff bereits im "Deutschen Ostdienst" vom 30.4.1973 ausgegeben: "Die Vertriebenen und ihre Verbände verlagern ihre Tätigkeit verstärkt auf die Kulturarbeit, nicht zuletzt, weil dort die zweite Schlacht um den deutschen Osten stattfindet."

Wir Nazi-Verfolgte, Widerstandskämpfer/-innen und junge Antifaschisten aber haben aus der Geschichte gelernt: Wir wollen keine Schlacht um den Osten, sondern eine Politik, die uns Frieden, Entspannung und Völkerverständigung garantiert, sowie eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung im Innern vollzieht.

Mit dieser Broschüre versuchen wir, Hintergründe der Entstehungsgeschichte des Ostpreußischen Landesmuseums zu erhellen, die alte und immer wieder wichtige Frage zu beantworten: "Wem nützt es? Wem schadet es?" Jeder mag sich selbst ein Urteil bilden. Wir jedenfalls fordern vom Stadtrat und der Stadtverwaltung Lüneburgs die sofortige Einstellung jeder politischen, finanziellen und publizistischen Unterstützung dieses Museums ebenso wie die des "Bundes der Vertriebenen" und deren angeschlossenen Verbände. Jeder Mensch, der die unheilvolle Rolle kennt, die der Revanchismus in der Geschichte Deutschlands gespielt hat, kann nur mit uns die Auflösung aller jener Organisationen und Institutionen fordern, die dem Ziel dienen, außerhalb der Bundesrepublik liegende Staatsgebiete erobern oder "zurückgewinnen" zu wollen und damit gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes und gegen Völkerrecht verstoßen.

Lüneburg, Mai 1987

Inhalt:

"Ostpreußisches Landesmuseum", Text aus Moin 4/5 87	Seite 4
"Bund der Vertriebenen und NPD kläglich gescheitert", Moin 6/87	15
Georg Herde, "ostdeutsche Kulturarbeit" der Landsmannschaften	17
Dokumentation, aus: LZ, Ostpreußenblatt, Deutschland-Union-Dienst, blick nach rechts, Antrag VVN-BdA, Ostverträge	23
"Entlarvende Zitate"	31
Chronik der Spaltung Deutschlands	34

Im Frühsommer steht den Lüneburgern ein Ereignis ins Haus, welches in seiner bundesweiten Bedeutung ohnegleichen dasteht: Die Eröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums.

Während die »Ostakademie« (Herderstraße) gern die bundesdeutschen Ostgrenzen bis zur

Oder-Neiße zieht und die Einrichtung »Brömse-Haus« (Am Berge) als Sitz der »Carl-Schirren-Gesellschaft« auch das Baltikum einverleiben will, fehlte bislang der Anspruch auf dazwischenliegende Ostseeraumgebiete — jedenfalls in Form einer festen Einrichtung. Das soll sich nun ändern.

Ostpreußisches

Landesmuseum

Und wieder sind es bekannte Alt-Nazis, die hier die Fäden spinnen, Kontakte herstellen, Gelder bereitstellen: Die Carl-Schirren-Gesellschaft selbst war als Teilorganisation der 1932 gegründeten Deutsch-Baltischen Gesellschaft organisatorisches und propagandistisches Mittlerstück zu den ersten Kriegszielen der Nazis im Osten. Der bekannte Nazi-Lyriker und -Theoretiker der faschistischen Volkstumspolitik Dr. Max Hildebert Boehm (»Nur wer der deutschen Volksmacht jeglichen Bewegungsspielraum entziehen und uns mit dem Tode des Erstickens und der Zerstückelung bedrohen will, vermag grundsätzlich den deutschen Drang nach Osten zu verketzern«, Auszug aus seiner Schrift »Der deutsche Osten und das Reich«, 1937) wußte nach 1945 als einflußreicher Revanchistenführer die alten Kontakte und neuen politischen Möglichkeiten zu nutzen, um in Lüneburg die Einrichtung »Ostdeutsche Akademie« (später: »Ostakademie«) ins Leben zu rufen.

Nicht ganz so einfach hatten es da die Führer der Ostpreußischen Landsmannschaft in Lüneburg, auch für ihre revanchistischen Ziele eine »Bildungseinrichtung« mit multiplikatorischem Effekt zu errichten. Das mag vielleicht daran gelegen haben, daß die Führer dieser Landsmannschaft in Lüneburg doch ein bißchen zu lautstark und offen neofaschistische Politik machen, wie z.B. der ostpreußische Forstmeister a.D. und Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Lüneburg, Hans-Ludwig Loeffke, der nicht nur als Vertreter des



LZ
7.3.81

Mittelpunkt: Ostakademie

g Lüneburg. »Ostkundliche Schülerwettbewerbe« und »Deutschlandpolitische Seminare«, »Die Massenmedien und Ostdeutschland«, »Kulturarbeit« und »Kulturreise« — nur einige Themen der Bundeskulturreferenten-Tagung des Bundes der Vertriebenen (BdV) an diesem Wochenende in Lüneburg.

Gestern Abend noch wurde der erste Programmpunkt abgehakt: Besuch des Ostpreußischen Jagdmuseums, anschließend ein Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Horst Albinus.

Leiten soll die Tagung (in der Ost-Akademie) der Vizepräsident des BdV und Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Hupka. Sein Vortragsthema: »Die pädagogische Aufgabe der Verbände«.

Auf der Rednerliste stehen außerdem: Professor Dr. Manfred Schlenke, Berlin; Barbara Könitz, Bonn; Ministerialdirektor Dr. Sieghard v. Köckritz, Bonn; Dr. Horst v. Chmielewski, Leiter der Bibliothek des J. G. Herder-Instituts, Marburg/Lahn und Oskar Böse, Direktor des Hauses des Deutschen Ostens, Düsseldorf.

reaktionären »Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten« den Alt-Nazis eine politische Heimat bot, im örtlichen Umfeld politisch Karriere machte und es bis zum stellvertretenden Landrat brachte, sondern der auch als stellvertretender Vorsitzender der Landsmannschaft bundesweit die revanchistische Politik mitbestimmte. Selbst der nach '45 erste gewählte Kreistag Lüneburg — in seiner Mehrheit konservativ bis auf die Knochen — rückte von den neofaschistischen Zielen Loeffkes ab und beschloß »Der Kreistag sieht sich außerstande, mit dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen zusammenzuarbeiten, solange Forstmeister Loeffke an der Spitze dieser Organisation steht«. Loeffkes Reden seien derartig mit »Demagogie und verhetzender Agitation« gespickt, daß dem Kreistag eine Beschäftigung mit Loeffkes Argumenten nicht zugemutet werden könne.

Und so richtete Loeffke ab 1954 privat — damals noch unter der Bezeichnung »Ostpreußisches Jagdmuseum — Wild, Wald, Pferde«) gemeinsam mit seinen Freunden Kramer (Elchjägermeister, ab 1945 a.D.), Wallat (Oberstleutnant, 1945 auch zunächst a.D.) und Dr. Struck (Landgerichtsdirektor) sein Wild-, Wald- und Pferdemuseum ein. Im Laufe der Zeit sammelten sie dann — ab 1958 in den Räumen in der Neuen Sülze — so manches Kultur- und Traditionsstück: Vom Ober-Nazi Göring in Öl bis zur Heroisierung der faschistischen Wehrmacht (»Der überaus hohe Blutzoll der waffenfähigen Mannschaft Ostpreußens beweist ihren rückhaltlo-



Absage an eine tausendjährige deutsche Ostgeschichte? Verzicht auf die deutschen Ostgebiete? Verzicht auf ein Viertel des deutschen Reichsgebietes?

Nein, niemals!

Verzicht auf den deutschen Osten ist Verrat an der Heimat, an Gesamtdeutschland!
Deshalb gegen die Oder-Neiße-Linie! Deshaib gegen die „Verzichtspolitiker“!
Bund der Vertriebenen - BdV - Vereinigte Landsmannschaften - Kreisverbände Lüneburg Stadt und Land

Anzeige in der LZ vom 10./11. 1966.

Das Ostpreussische Landesmuseum knüpft an alte Traditionen an. Nicht ostpreußische Kultur,...

sen kämpferischen Einsatzwillen. Getreu ihrer seit Jahrhunderten überkommenen Tradition als geborene Verteidiger an den Grenzen Deutschlands und Europas gegenüber den Gefahren aus dem Osten haben ostpreußische Soldaten sich heldenhaft aufgeopfert.«) fand sich bald alles an, was den Kulturansprüchen faschistischer Tage und der Zielsetzung des Museums entspricht, z.B. auch die ostpreußische Jägerstandarte mit dem erläuternden Text: »Einst soll diese Standarte bei der Gründung

Nach der Brandt-Ära bekamen sie wieder Luft

des ostpreußischen Landesjagdverbandes in Königsberg auf Schildwache stehen«. Diese Stadt heißt zwar Kaliningrad, aber das wollen diese Kopf-Jäger ja auch ändern.

Zwar gab die Landsmannschaft Ostpreußen während der ganzen Jahre nie ihr Ziel auf, in Lüneburg eine revanchistische Zentraleinrichtung aufzubauen und gründeten deshalb 1966 auch den »Freundeskreis« zur politischen und finanziellen Forcierung dieses Ziels — aber so richtig vorwärts ging es mit dieser Zielsetzung erst nach der Machtübertragung an Kohl und der darauf einsetzenden Wendepolitik, wie auch durch die Abwahl der SPD/FDP-Mehrheit im Rat der Stadt Lüneburg. Die Landsmannschaften als Träger und Klientel konservativ-reaktionärer Politik standen nun stärker als zuvor im Mittelpunkt des Regierungsinteresses — kein revanchistisch-ideologischer Bocksprung zu gewaltig, kein Zuschuß war zu hoch — und das nicht ohne Grund.

Für die alten und neuen Ostlandritter war es nämlich höchste Zeit, daß diese großdeutsche Wendepolitik eingeläutet wurde: Sie standen in den letzten Jahren immer mehr vor dem Dilemma, daß selbst die wildesten Erklärungen und

Der Arbeitsdienst hatte sich seine Stellung im Volk errungen durch seine Leistungen für das Volk, durch seine innere Tüchtigkeit und Sauberkeit

Morgenwäsche im eskalen Klarer

...sondern die faschistische Ideologie...sollen gepflegt und aufrecht erhalten bleiben.

Drohungen die starke Abnahme der Akzeptanz revanchistischer Politik nicht verhindern konnten. Mit der realistischen Ostpolitik der Ära Brandt (Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa über die Ostverträge) wurde den Revanchistenverbänden z.T. der politische Boden entzogen; ihre politisch-kriminelle Energie, »eigenes« Territorium zurückholen zu wollen, traf bei der inzwischen herangewachsenen Generation auf keinerlei Verständnis. Ostpreußen — das ist was, wovon der Opa mal erzählt hat — sonst nix.

Diese Entwicklung stellte natürlich für die Rechten aller Schattierungen eine existentielle Gefahr dar, der nun — nach der ostpolitischen Wende — gegengesteuert wird. Das Zauberwort der neuen revanchistischen Offensive lautet »Ostdeutsche kulturelle Breitenarbeit«: Die Erinnerung und Bewahrung der kulturellen Tradition ehemals ostdeutscher Gebiete, ein zunächst anscheinend unverfängliches Ziel, von den Rechten als ideologische Klammer und

gemeinsamer Nenner z.B. der ostpreußischen Junker und »ihrer« Landarbeiter gleichermaßen, benutzt im Sinne einer Neu-Mobilisierung breiter Mitglieiderschichten der Vertriebenenverbände für die revanchistischen Ziele ihrer Organisationsspitzen und zugleich — und das ist die eigentliche Wende-Qualität — zur gleichgerichteten ideologischen Bearbeitung der Gesamtheit der bundesdeutschen Bevölkerung, vor allem der »nachwachsenden« Generation.

Und für dieses hehre Ziel ist den Gestrigen keine Mark zu teuer: Noch nie seit Bestehen der BRD stiegen die staatlichen Gelder für die Revanchistenorganisationen derart reichlich wie in den letzten Jahren. Allein der Posten für die »ostdeutsche Kulturförderung« aus dem Haushalt des Bundesinnenministeriums stieg von 1986 zum Jahr 1987 um das dreifache an. Der Etat des »Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen« z.B. stieg von 458,3 Mio DM 1983 auf 623,4 Mio DM im Jahr 1985. Durchforstet man einmal den gesamten Bun-



Wo die Revanchistenführer überall ihr Süppchen kochen wollen. Darstellung aus dem »Taschenbuch für die Amtsträger der Sudetendeutschen Landsmannschaft«, München 1983, S. 43.

Sofortprogramm der westdeutschen Industrie für die „Wiedervereinigung“

„Es ist bei der zweifachen Aufgabe geblieben... die Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands freiheitlich zu formen, um sie so mit Westdeutschland zu einem einheitlichen deutschen Wirtschafts- und Sozialkörper zu integrieren... vorbereitende wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen müssen deshalb davon ausgehen, daß die deutsche Wirtschaft nach der Wiedervereinigung entsprechend den Grundsätzen der Markt- und Wettbewerbswirtschaft zu ordnen sein wird.“

(aus dem Bericht des „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung“ vom 10. Juli 1965).

Im „Forschungsbericht“ wird die Reprivatisierung bis ins einzelne geregelt:

- Auflösung der Volkseigenen Betriebe und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften
- Wiedererrichtung der Privatbanken
- Integration der Wirtschaft der DDR in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- Rückgabe des durch die Bodenreform und die Sozialisierung umverteilten Grund und Bodens an die alten Eigentümer

deshaushalt nach weiteren Geldern, die den Revanchistenorganisationen zugesteckt werden, so errechnet man Beträge in astronomischer Höhe. Und die Landesregierungen stehen dem in nichts nach — allen voran die niedersächsische. In Bezug auf die Unterstützung der Schlesischen Landsmannschaft (also nur eine der rund 25) schreibt der »Vorwärts«: »An Geld fehlt es den Schlesien-Funktionären in Niedersachsen nicht. Ein Auszug aus der Zuschußliste 1984: 110.000 Mark für die Landsmannschaft als »Patenzuweisung«; 50.000 Mark für ihr Verbandshaus in Königswinter; für eine Landeskulturtagung 2.250 Mark; für eine Frauentagung 2.250 Mark; für eine Bezirksarbeitstagung 10.000 Mark. Das Schlesiertreffen in Hannover wird auch in diesem Jahr mit 185.000 Mark bezuschußt. Zum »40. Jahrestag der Vertreibung« gibt es eine Sondergratifikation von 30.000 Mark.« (Vorwärts vom 26.1.1985)

Damit aber auch für die Ostpreußen aus dem großen Kuchen staatlicher Lebenserhaltungs-Subventionen ein kräftiges Stück abgeschnitten werden und damit auch z.B. das Ostpreußen-Museum finanziert werden kann, dafür sorgt schon der Bundessprecher ihrer Landsmannschaft, Hennig. Der nämlich ist nicht nur einflußreiches Mitglied im »Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen« (eine Art Exil-Regierung für die DDR, Polens, für Teile der Sowjetunion etc.) und damit Mit-Koordinator sämtlicher revanchistischer Tätigkeit auf Bundesebene, sondern zugleich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und damit (alles unter dem Stichwort »innerdeutsch«) direkt zuständig nicht nur für die Ausprägung und Formulierung großdeutscher staatlicher Politik, sondern zugleich auch für die Bereitstellung von Geldern für die Ausgestaltung und Umsetzung derselben. Über ihren eigenen Staatssekretär fließen nun die Gelder reichlich zu den Lüneburger Ostpreußen.

Bleibt zu fragen, wer oder was dahintersteckt, daß diese Gelder zur revanchistischen Wiederaufrüstung nun ausgerechnet in die Heidemetropole fließen, zumal es doch bereits ein ähnliches Projekt mit dem Titel gibt, welches sich von der Anlage her viel eher zu einem Ausbau zum Landesmuseum geeignet hätte. Die Antwort ist denkbar einfach: Kaum eine Stadt der BRD verfügt über einen derartiges Vertriebenen-Reservoir (1947 bestand Lüneburg etwa zur Hälfte aus Vertriebenen), entsprechendem politischen Einfluß der Vertriebenenverbände und Connections nach ganz oben wie Lüneburg. Der Lüneburger Sumpf ist wohl einmalig.

Zudem hatte man in Lüneburg bereits im Stillen vorgearbeitet: Mit dem Alt-Nazi Otto Freiherr von Fircks an der Spitze des gegründeten »Fördervereins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum« wurden alte finanzielle Kanäle und einflußreiche Leute angesprochen (man kannte sich vielleicht noch aus früheren Tagen: Fircks war nämlich SS-Obersturmführer aus Lodz). Und mit Fircks stand ein Mann an der Spitze des Unternehmens, der nicht nur seine Beziehungen als CDU-Bundestagsabgeordneter (dort als Vorsitzender des »Ausschusses für Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten«) und Landtagsabgeordneter in Niedersachsen zu nutzen wußte, sondern der zugleich auch stellvertretender Vorsitzender des »Kuratoriums der Stiftung Ostpreußens« war, eines Vereins, der eigens zum Zwecke der Lockermachung finanzieller Mittel für revanchistische Ziele gegründet wurde, von den Spitzen der Landsmannschaft Ostpreußen kontrolliert wird, und deren Einfluß auf die Aufteilung der Zuschüsse seitens der Bundesregierung von maßgeblicher Bedeutung ist. Fircks einschlägige Tätigkeiten als Geschäftsführer des »Bundes der Vertriebenen — Niedersachsen«, als Vorstandsmitglied im »Arbeitskreis für Ostfragen«, im »Landeskuratorium Unterteilbares Deutschland«, in der »Gesellschaft zur Förderung der europäischen

Fircks, der Mann mit Einfluß

Begegnung«, im »Evangelischen Arbeitskreis der CDU-Niedersachsen« und als Mitglied im Programmbeirat beim Norddeutschen Rundfunk machen nicht nur deutlich, welchen Einfluß und welche Kontakte dieser Alt-Nazi (Hobbys: Briefmarkensammeln und Tennisspielen) auch heute noch besitzt, sondern zeigen auch, welches politische Kaliber sich die Lüneburger Ostpreußen mit von Fircks als Vorsitzenden ihres »Freundeskreises« an Land gezogen haben.

Dieser Mann ist ein politisch-militärisches Programm der äußersten Rechten für den verbrecherischen Drang nach Osten. Er führt als Person die faschistischen Ziele nach Lüneburg ins Ostpreußische Landesmuseum. Und dieser Kopfjäger mit samt seinem Museum wird in Lüneburg von der CDU/FDP-Mehrheit in Rat und Kreistag und von der Verwaltung hofiert, politisch und finanziell nach Kräften unterstützt.

Bis zu geplanten Einweihung des Landesmuseums am 26. Juni sind es noch einige Wochen hin. Vielleicht mag der/die eine oder andere Lüneburger Lokalpolitiker/in sich in der Zwischenzeit besinnen und für die Schließung des Museums eintreten, bevor es eröff-

net wird. Zu befürchten ist allerdings, daß sie der aus Bonn und Hannover angereisten Politiker-Prominenz ihre Ehrerbietung erweisen werden und dabei die demokratische Kultur auf der Strecke bleibt. Angesichts der aktuellen Historiker-Diskussion und der vom Neokonservatismus aktiv betriebenen Entsorgung vom Faschismus muß man gespannt sein, ob Lüneburger Kommunalpolitiker/innen den Handschlag mit derart exponierten Alt-Nazis trotz massiver öffentlicher Kritik riskieren...



Freiherr Otto v. Fircks.

Freiherr Otto von Fircks

Vorsitzender der faschistischen Deutschen Studentenschaft in Riga, im Krieg als SS- Obersturmführer im zentralen "Ansiedlungsstab beim höheren SS- und Polizeiführer Wartheland", als " Führer des SS- Abschnitts XLII" (Gnesen) und beim SS- Rasse- und Siedlungshauptamt tätig. Als solcher war er beteiligt an Aus-, Um- und Ansiedlungsaktionen in dieser Gegend, bei denen unerwünschte Polen und Juden, meist nachts und überfallartig, aus ihren Höfen und Häusern vertrieben und durch sog. Volksdeutsche ersetzt wurden. Fircks war ebenfalls Besitzer eines 247-Hektar-Landgutes im Kreis Kutno, dessen polnische Eigentümer "ausgesiedelt" worden waren. (nach B. Engelmann, Großes Bundesverdienstkreuz)

Ostpreußisches Landesmuseum

Auch im Lüneburger Rat veränderten sich die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Ostpreußen und ihres Museums-Vorhabens. Nicht nur, daß mit der CDU-Riege eine ganze Phalanx der Vertriebenen auf den mehrheitsbildenden Ratsstühlen sitzt, daß diese eine äußerst aggressive Revanchistenpolitik betreibt — man denke nur an die Aussprache des Rates zur Bedeutung des 8. Mai 1945 — und keine noch so blöde revanchistische Agitation ausläßt — wie etwa die Schlesier-Ausstellung der Ratsfrau Schmidek in der Stadtparkasse unter dem Titel »40 Jahre Vertreibung« im August '86 oder etwa die Namensgebung »Eichenbrücker Straße« nach der von den deutschen Faschisten zum Geburtstag Hitlers 1941 so benannten polnischen Stadt —, um sich die Zustimmung ihrer politischen Vertriebenen-Basis zu vergewissern.

Mit dem CDU-Vertreter im Rat und Richter am Landgericht, Dr. Dieter Radau z.B., früher Mitglied der »Deutschen Jugend des Ostens« und des »Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes« - beides von der NPD mitgetragene Verbände, der auch keine Gelegenheit ausläßt, z.B. in den Leserbriefspalten der LZ gemeinsam mit örtlichen Neofaschisten für ein Großdeutsches Reich zu polemisieren (nebenbei wirkt Radau auch noch einschlägig als Vorstandsmitglied der »Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk«), besitzt die Landsmannschaft Ostpreußen einen weiteren Fürsprecher für ihr Museums-Unternehmen aus den Reihen der Mehrheitsfraktion im Rat: zwar agitiert Radau für eine Revanchistenorganisation mit anderen Gebietsansprüchen (Pommern), aber auch als stellvertretender Bundessprecher kann er sowohl in Bonn als auch in Lüneburg so manchen Großen für die Ostpreußen lockermachen.

Feldmann, ein anderes, nicht weniger einflußreiches CDU-Ratsmitglied — gleichfalls auch Landtagsabgeordneter



Nachdem Peter Asmussen in der letzten MOIN die Entwicklung des Ostpreußischen Jagdmuseum zum Ostpreußischen Landesmuseums dargestellt hatte, schildert er im zweiten Teil die einzelnen Schritte und stellt die Personen vor, die an dieser Entwicklung beteiligt waren. Im Wechsel der Ratsmehrheit von der SPD zur CDU sieht er einen entscheidenden Wendepunkt.

und jetzt auch im Lüneburger Kreistag —, sorgte dann wohl auch für die freundliche Vermittlung des Grund und Bodens für das Museum auf dem Grundstück der ehemaligen Kronenbrauerei in der Ritterstraße. Diese Rolle spielte Feldmann — bei den Nazis war er Marinekampfschwimmer — als Vorstandsvorsitzender dieses Bier-Herstellers (und natürlich aus Überzeugung), wobei der Vorsitzende des gleichnamigen Aufsichtsrates, Dr. Eisenbeiß, sicher diese Transaktion nur begrüßt haben wird: Immerhin handelt es sich um ein abschreibungsfähiges Objekt, und für die Beibehaltung konservativer politischer Verhältnisse mit revanchistischer Zielsetzung langt das Großunternehmen schon mal 'ne Mark rüber, zumal das Opfer so groß nicht war — stellten doch die politischen Freunde im Rat der Stadt im Industriegebiet der neuen Moravia-Gruppe ein Riesen-Grundstück zur Verfügung, welches preiswerter wohl in kaum einer anderen Stadt zu haben war. Und wird nun auch das bekannte Bier am Elbe-Seiten-Kanal gebraut, so hat der profitable Ringtausch doch auch für das in der Grapengießerstraße verbliebene Kronenbrauhaus sein Gutes: Dort sieht man nämlich der Eröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Sehnsucht entgegen, denn wo die ehemaligen Ostpreußen und andere von der »Gnade der späten Geburt« Heimgesuchten, bei der Erinnerung an den Hitterschen Arbeitsdienst ostpreußischer Prägung vor lauter Erbauung einen trockenen Hals bekommen, wird gleich um die Ecke für den kulinarischen Ausgleich gesorgt sein.

Bei soviel Gemeinsinn namhafter Persönlichkeiten konnte die besondere politische Ehrung durch den Rat der Stadt nicht lange auf sich warten lassen: Dr. Johannes Eisenbeiß — Postadresse: Chateau Perigord, MC Monte Carlo — wurde 1984 für seine »besonderen Verdienste um das Gemeinwesen« mit der

Ehrenbürgerschaft der Stadt bedacht. Feldmanns Ehrung folgte auf dem Fuße — Eisenbeiß hielt die Laudatio.

Zum Gelingen trug maßgeblich auch ein anderer Stahlhelmer der CDU-Ratsriege bei: OB Jens Schreiber — als Geschäftsführer der Firma Garbersbau für politische Zwecke beurlaubt — in seiner Eigenschaft als Chef der CDU-Fraktion Big Boß, nun nach dem Tod von Nickel nicht mehr nur unter der Hand, sondern hochhoffiziell »erster Mann der Stadt«. Zufall, daß seine Firma Garbersbau beim Museumsbau der Ostpreußen mit von der Partie ist? Und welche Firmen sähten wohl beim Neubau der Brauerei im Industriegebiet ab? Jedenfalls wäscht in Lüneburgs Vorstands- und höheren Rathausetagen immer noch eine Hand die andere.

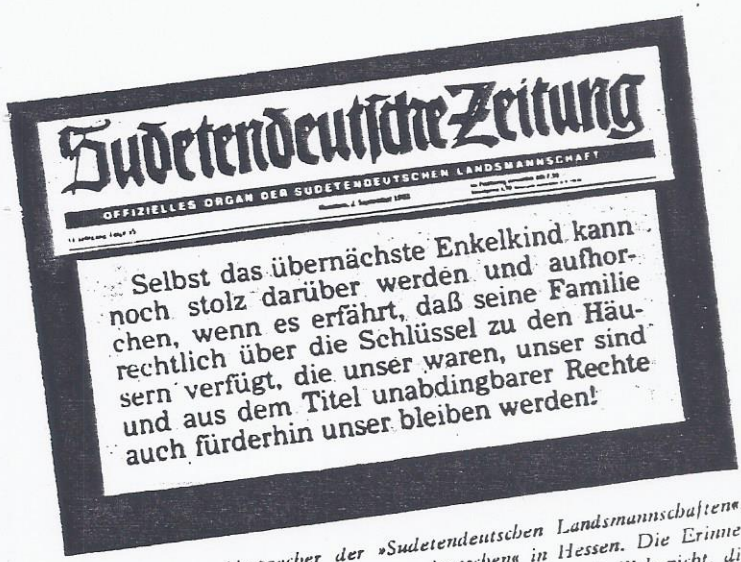
Aber nicht nur der museale Großdeutschland-Tempel wurde von den Rechten in Stadt und Land nach Kräften und eigenem politisch-finanziellem

Nutzen unterstützt, auch die Sache des Revanchismus selbst erhielt einen nie dagewesenen Auftrieb: Das Rathaus wurde nun den alten Ostlandritten nach Jahrzehnten wieder — 1945 ist schon lange her — zur Verfügung gestellt, um z.B. auch unter dem Titel »Tag der deutschen Einheit« auch das Deutschland-Lied (»...bis an die Memel«) aus greisen Kehlen im Huldigungssaal erklingen zu lassen.

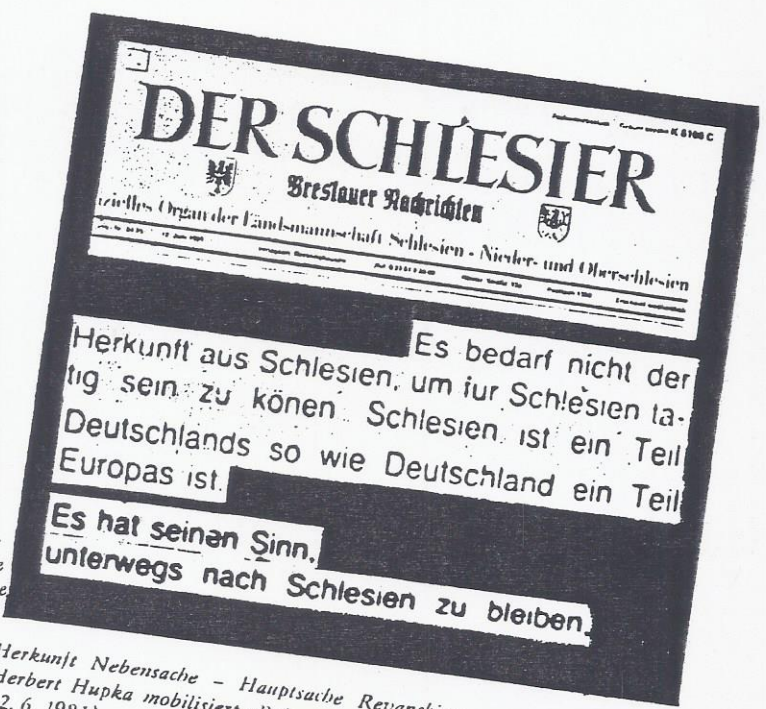
Die CDU öffnete den Ostlandritten das Rathaus

Immer allen voran: Dr. Barbara Loeffke, Ehefrau des verstorbenen ein-

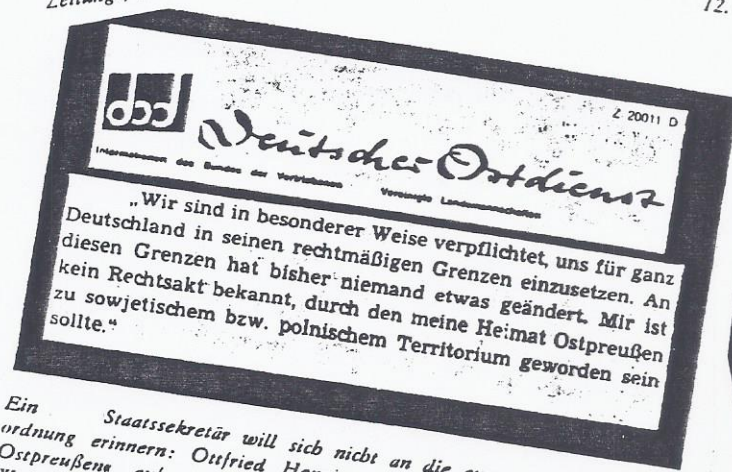
stigen Vorsitzenden des »Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten«, selbst stellvertretende Vorsitzende des Zentralverbandes Niedersachsen der Revanchistenorganisation »Bund der Vertriebenen« (BdV) und beruflich tätig als Multiplikatorin in der Vorstandsetage der Lüneburger Industrie- und Handelskammer. Bei solch einer Huldigungsveranstaltung im Rathaus wie am 17. Juni 1985 z.B. ist sie in ihrem Element. So etwa, wenn sie den faschistischen Volkssturm ehrt, der für sie »nur seine Pflicht getan...« und in den letzten Tagen vor dem 8. Mai 1945 »die Heimat verteidigt hat. Der Volkssturm hat heldenhaft gekämpft, um Deutschland vor dem Weg in die Gnadenlosigkeit Rußlands zu retten.« Den deutschen Faschismus — den hat es für Frau Loeffke nicht gegeben. Besonders bedauert sie auch die nach '45 folgende »widerrechtliche Enteignung der Betriebe in Ost-



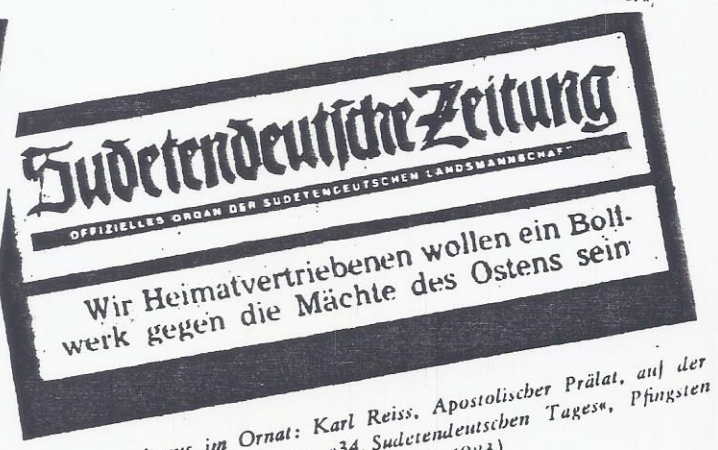
Walter Becker, Altsprecher der »Sudetendeutschen Landsmannschaften«, vor einem Landestreffen der »Sudetendeutschen« in Hessen. Die Erinnerung an die Verbrechen der Faschisten ist es selbstverständlich nicht, die er den übernächsten Enkeln vermitteln lassen will. (Aus: »Sudetendeutsche Zeitung«, 2. 9. 1983)



Herkunft Nebensache — Hauptsache Revanchismus. BdV-Vizepräsident Herbert Hupka mobilisiert »Bekennnis-Schlesier«. (Aus: »Der Schlesier«, 12. 6. 1981)



Ein Staatssekretär will sich nicht an die europäische Nachkriegsordnung erinnern: Ottfried Henning, Sprecher der »Landsmannschaft Ostpreußen«, auf einer Landesveranstaltung des BdV in Nordrhein-Westfalen. (Aus: »Deutscher Ostdienst«, 31. 3. 1983)



Antikommunismus im Ornat: Karl Reiss, Apostolischer Prälat, auf der Pontifikalmesse anlässlich des »34. Sudetendeutschen Tages«, Pfingsten 1983. (Aus: »Sudetendeutsche Zeitung«, 3. 6. 1983)

deutschland«, wobei sie wohl hier an ihre berufliche Tätigkeit gedacht haben mag. Ein Frontalangriff auf die (Versöhnungs-)Denkschrift der Evangelischen Kirche folgt aus ihrem Mund dann ebenso wie harsches Zurechtweisen des Bundespräsidenten v. Weizsäcker, denn der hatte doch gewagt, die Ursache von Umsiedlung und Flucht auf den 30. Januar 1933 zu datieren. Sie hält es da lieber mit Dregger und Löwenthal: »Man soll nicht mehr DDR sagen, sondern wieder von der sowjetisch besetzten Zone sprechen.« Der Beifall

Frau Loeffke bedauert die Enteignung der Ostbetriebe

der Herren aus Stadtrat, Kreistag und Bezirksregierung war unüberhörbar.

Und dann gings ans Eingemachte, an die Zielbestimmung: »Die Deutschen in den Ostprovinzen sind heute in der Minderheit. Sie müssen unter Leuten leben, die eine andere Lebensart haben. Diese Deutschen in den Ostprovinzen aber waren schon immer Vorposten für unser deutsches Vaterland und haben unsere Hilfe verdient. Wie diese Hilfe aussieht, weiß sie auch schon: »Energisches Eingreifen«, so fordert sie in dieser Frage.

Diese Vertriebenen-Funktionärin ist aber in ihrem »Kampf für Volk und Vaterland« nicht nur jeweils am 17. Juni und 13. August tätig, sondern sie brachte — den rechten Wind im Rücken — das Kunststück fertig, einen »H.-L.-Loeffke-Gedächtnis-Preis« gemeinsam mit Alt-Nazi von Fircks, dem BdV Niedersachsen und Lüneburg auszurufen (und diverse »Loeffke-Gedächtnis-Veranstaltungen« durchzuführen) auf eben jenen früheren — 1952 vom Lüneburger Kreistag als »Hetzer« und »De-

magogen« apostrophierten — Revanchistenführer. Ein alter rechter Bekannter

Der erste Loeffke-Preis ging an den Pädagogen Witt

ließ es sich auch nicht nehmen, als einer der ersten seine Huldigung auf ihn auszusprechen: Horst Schröder, Freund der faschistischen Junta Chiles, Lüneburgs Ex-MdB (CDU), nun übergewechselt in einen noch lukrativeren Job als Geschäftsführer einer »Entwicklungshilfe«-Gesellschaft.

Der erste Loeffke-Preis ging an einen Pädagogen namens Witt. Den kennt zwar im demokratischen Sektor kein Mensch, aber für die Revanchisten besitzt er die entscheidende Preisträger-Qualität: Erstens in Ostpreußen gebo-

DEMOKRATISCHE AKTION

8 MÜNCHEN 2 · MONZSTRASSE 3 · TELEFON 22 39 30 u. 22 39 32

Aktuelle Dokumentation

München; den 13. Januar 1971

- 2 -

II. SPD - Oberbürgermeister gegen Hetze der Landsmannschaften !

 Mit einer aufsehenerregenden Entscheidung hat sich der Oberbürgermeister der Stadt Neumünster gegen Angriffe des Vertriebenenverbandes auf die Verständigungspolitik der Bundesregierung zur Wehr gesetzt: Er sperrte dem Verband einen städtischen Telefonanschluß. Die Ratsversammlung Neumünsters beschloß außerdem, finanzielle Zuschüsse an die Vertriebenenorganisation zu streichen. In einem Gespräch mit dem Pressedienst der Demokratischen Aktion erklärte OE Dr. Uwe Harder (SPD) u.a.: " In solchen Fällen muß dann eben die öffentliche Unterstützung eingestellt werden, um zu verhindern, daß diesen Verbänden auch noch Steuergelder zufließen. "

Verantwortlich: Kurt Hirsch

Presseauschuß: Günther Bröhl, Leo Derrik, Michael Dultz, Bernd Engelmann, Annemarie Fabian, Walter Fabian, Kurt Hirsch, Frieder Hitzer, Erich Kästner, Hans Helmut Kirst, Hans Lamm, Egon Lutz, Götz Dieter Nerlich, Hans Ohly, Peter Riemer, Erika Runge, Ingrid Schuster, Günther Wallraff, Martin Walser, Jochen Wilke

ren (was schonmal für die Reinheit des Blutes bürgt) und zweitens stramm rechts. Sein Festvortrag über Denkmäler in Ostpreußen lautet sinnigerweise: »Auch die Steine sprechen deutsch«.

Die entsprechende Feierstunde wurde natürlich im Rathaus begangen, wobei gleich eingangs die rechte politische Richtung gewiesen wurde, bei dieser Preisverleihung: »Den Mut, sich dem Zeitgeist entgegenzustellen, der berechnete Ansprüche auf den deutschen Osten auf dem Altar einer vermeintlichen Entspannungspolitik zu opfern bereit sei, will Dr. B. Loeffke mit dem Preis geehrt sehen«. (LZ v. 12.5.86) Diesem Zeitgeist — der da heißt Gewaltverzicht, Unantastbarkeit der Grenzen, friedliche Koexistenz, letztlich: »Nie wieder Krieg!« — den Kampf anzusagen, sah dann auch Ex-OB Nickel als seine höchste Aufgabe an und legte die künftige Linie fest: »Loeffke sah das ostpreußische Kulturerbe als Verantwortung vor der Zukunft«, was nichts anderes ist als eine galante Umschreibung revanchistischer Zielsetzung. Zufall, daß Nickel ob derartiger Verdienste um die Sache des Ostens so gleich in der 87er Januar-Ausgabe der

NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« in einem langen Artikel — gleich neben der Aufforderung: »Wählt deutsch! Wählt NPD!« — gewürdigt wurde als »Engel von Lüneburg«? Der Verfasser dieses Artikels ist in Lüneburg übrigens auch keine Unbekannter: Helmut Pleß.

Die Übergänge vom Konservativismus über den Revanchismus zum Neofaschismus sind fließend.

Auf der Tagung der JU geht der Weg nach Osten

Und wo die Parteispitze den strammen Revanchistenkurs steuert, darf auch der Parteinachwuchs nicht abseits stehen: »Deutschland — kulturelles Erbe und Auftrag« stand auf dem Programm einer Tagung der Jungen Union im Bürgergarten 4 mit der Vorsitzenden des BdV, Frau B. Loeffke. Und diese Frau weiß natürlich, was hier »Auftrag« bedeutet: Nach Osten geht der Weg.

Nach soviel Engagement auch des Lüneburger Sumpfes für die Sache des Revanchismus wurde der politische Grundstein für das Ostpreußen-Museum schnell gelegt und die Finanzierung des Museums gesichert: Der Bau des Museums mit etwa 2.000 qm Ausstellungsfläche und 1.000 qm Nutzfläche für Verwaltung, Magazin und Bibliothek (die ersten Pläne sahen nur etwa 1.000 qm insgesamt vor) sollte 5,2 Mio DM kosten; finanziert durch einen Bundeszuschuß von 2,548 Mio DM, einem Landesanteil von 2,132 Mio DM und weiteren Zuschüssen. Aber das Land landete noch einen weiteren Coup zur Finanzierung: Albrecht kürzte den

10 Mitarbeiter hat das Museum

Landeszuschuss auf 752.000 DM mit der Folge, daß nun für ca. 1 Mio DM ABMler eingestellt wurden und er das

Leserbrief gegen „Lahmherzige, Verzichtler, Verräter und Feige“ zieht Kreise

Wegen Volksverhetzung ermittelt der Staatsanwalt gegen BdV-Vorsitzenden

Arthur Gläfers Wortwahl stößt bei führenden Gewerkschaftern auf scharfe Mißbilligung

Landkreis Schaumburg (sbe). Wegen Volksverhetzung ermittelt die Staatsanwaltschaft Bückeburg gegen den Kreisvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV), Arthur Gläser, und den „General-Anzeiger“-Redakteur Karlheinz Poll. Die Wochenzeitung hatte unter der Überschrift „Wer nicht um das geraubte Land zu kämpfen bereit ist, ist ein Knecht“ einen Leserbrief Gläfers veröffentlicht, der mit dem Satz endete: „Lahmherzige, Verzichtler, Verräter und Feige... haben unter uns keinen Platz, werden auch... vom feindlichen Ausland verachtet und angespuckt.“

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun, ob die zitierte Überschrift und der erwähnte Satz gegen Paragraph 130 Nr. 3 des Strafgesetzbuches verstoßen. Danach wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bedroht, „wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er... sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet“.

Der BdV-Kreisvorsitzende hatte sich mit seinem Leserbrief in die aktuelle Diskussion um das umstrittene Motto des Schlesiertreffens in Hannover einschalten wollen. Er stuft darin nicht nur den ersten Weltkrieg als einen „von England gewollten“ Krieg ein, sondern stellt auch den Mordtaten des Dritten Reiches „die gleichwertigen Untaten der Engländer und Amerikaner“ und die Vertreibung gegenüber: „Diese furchtbaren Ereignisse kann man nur vergleichen mit

dem Opfergang des jüdischen Volkes.“ Das „grausame bolschewistische Weltreich“ hingegen ist nach Gläfers Einschätzung noch „viel gefährlicher als Hitler je war“.

Da nach dem Presserecht nicht nur der Autor, sondern auch der für die Veröffentlichung zuständige Redakteur verantwortlich ist, erstrecken sich die Ermittlungen wegen Volksverhetzung auch auf den Journalisten Karlheinz Poll. Der teilt zwar Gläfers Ansichten nicht, ist aber der Meinung, „daß wir Gläfers Meinung nicht unterdrücken können“.

Bei führenden Schaumburger Gewerkschaftern sind die zitierten Passagen auf scharfe Mißbilligung gestoßen. Karl-Heinz Strobel, Vorsitzender der IG Druck und Papier im Altkreis Schaumburg-Lippe, befürchtet negative Auswirkungen auf „unsere französischen Freunde in Soissons“, die in dieser Hinsicht sehr hellhörig seien. GEW-Kreisvorsitzender Friedrich Lenz be-

scheinigte Gläser ein „Maß an mangelnden historischen Kenntnissen, das nur mit Kopfschütteln auszudrücken ist“, und sieht bei Gläser „unverhohlen reproduzierte nationalistische und völkische Denkmuster“. Und GEW-Landervorstandsmitglied Richard Wilmers aus Stadthagen meinte, Gläser habe offenbar „aus der Geschichte nichts, aber auch gar nichts gelernt“.

Ohne von den Ermittlungen wegen Volksverhetzung zu wissen, hatte der CDU-Kreisverband die Gewerkschaftsschelte zum Anlaß genommen, eine Presseerklärung zu verbreiten, in der es heißt: „Die... veröffentlichten, heftigen Attacken gegen den Kreisvorsitzenden des BdV, Arthur Gläser, und die Ostpolitik der Bundesregierung kann die CDU Schaumburg nicht un widersprochen lassen.“ Dies habe Pörtner in einer Vorstandssitzung der Kreis-CDU in Bad Eilsen erklärt. In einer fünfseitigen, von Pörtner und anderen Funktionsträgern seiner Partei unterzeichneten Anlage zu dieser Erklärung bedauert die CDU anschließend das von der Landsmannschaft gewählte Motto „Schlesien bleibt unser“, bekräftigt das Heimatrecht der heute jenseits von Oder und Neiße lebenden Polen und erläutert die bekannte Rechtsposition der Bundesregierung.

verbleibende Defizit mit einer »überplanmäßigen Breitstellung« von 350.000 DM ausglich und sich zudem als »Retter der Ostpreußen« feiern lassen konnte. Diese Albrechtsche Umverteilungspolitik hat zwar zur Verzögerung der Fertigstellung und der Eröffnung geführt — zunächst war Mitte '86 anvisiert worden —, aber auch andere Finanzquellen erschlossen, wie z.B. die des Lüneburger Kreistages, der mit 10.000 DM (vorerst) mit von der Partie ist.

Für eine zweckdienliche personelle Ausstattung des Revanchisten-Museums hat die Landsmannschaft auch bereits rechtzeitig Sorge getragen. Zunächst wurde mit Dr. Friedrich Jacobs bereits im April 1985 ein Mann als hauptamtlicher Leiter eingestellt, der sich vorher bereits seine einschlägigen Sporen verdient hatte. Welch ein Zu-

fall, daß Jacobs Ehefrau Doris ebenfalls so viel von der revanchistischen Sache versteht. Sie bekleidet nämlich seit 2 Jahren — seitdem auch diese Tätigkeit von Bonn finanziert wird — keinen geringeren Posten als den der Bundesleiterin für Kulturarbeit der Landsmannschaft Ostpreußen.

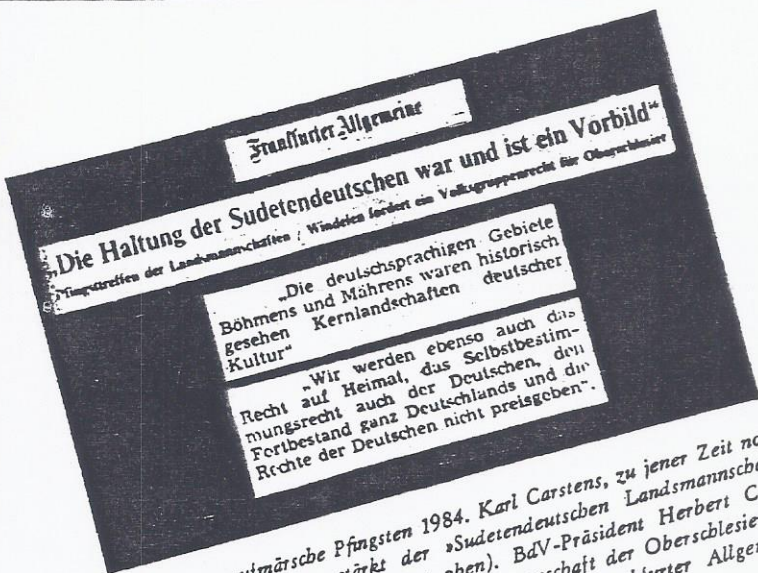
Schon jetzt arbeiten drei Wissenschaftler und drei Schreibkräfte besoldet für das Museum. Zur Eröffnungstermin werden insgesamt 10 festangestellte Mitarbeiter/innen — das sind mehr als in allen anderen Museen zusammen — dort beschäftigt sein.

Gegen die Art der Museumskonzeption und der Finanzierung des Ostpreußischen Landesmuseums protestierte zwar in Bonn der Deutsche Museumsbund (»überdimensionierte Heimatstube«), doch für den Staatssekretär Horst

Waffenschmidt zählte die Wanung der Fachleute nicht viel.

Auch der niedersächsische Museumsverband konnte nicht einsehen, weshalb zum einen Projekte wie z.B. das Salinenmuseum und das Naturwissenschaftliche Museum in Lüneburg mangels finanzieller Landesunterstützung nicht von der Stelle kommen und zudem der Landesetat zur Förderung nichtstaatlicher Museen innerhalb von drei Jahren von 3,5 auf 2,5 Millionen Mark gekürzt wurde, andererseits aber das Ostpreußische Landesmuseum mit einer derart umstrittenen Konzeption Zuschüsse in Millionenhöhe erhält.

Daß es der Landesregierung bei ihrer musealen Geschichtsarbeit ausschließlich darum geht, dem »Drang nach Osten« ideologisch, politisch und finanziell Kraft zu verleihen und sie keines-



Revanchistenaufmärsche Pfingsten 1984. Karl Carstens, zu jener Zeit noch Bundespräsident, stärkt der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« in Nürnberg den Rücken (Zitat oben). BdV-Präsident Herbert Czaja stellt auf dem Bundestreffen der »Landsmannschaft der Oberschlesien« in Essen revanchistische Gebietsansprüche. (Aus: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 12. 6. 1984)



Aufschlußreiche Selbsteinschätzung: Ein Landsmannschaftsgremium sieht sich als »Exilregierung«. (Aus: »Die Pommersche Zeitung«, 10. 9. 1983)

Nie vergessen, immer daran denken!

Roosevelt-Truman, Churchill und Stalin unterzeichneten in Jalta und Potsdam Abkommen, auf Grund derer über 17-Millionen Deutsche aus ihrer 700-jährigen Heimat unter furchtbarsten Greueln vertrieben oder getötet wurden.

Ost-Deutschland et-nährte bis zum Kriege fast 1/3 des deutschen Reiches

Wir fordern unsere Heimat!

Ost-Deutschland und unser Sudetenland.

die Heimat von über 13-Millionen Deutschen



wegs beabsichtigt, »aus der Geschichte zu lernen«, zeigt ein Vergleich mit dem Umgang des ehemaligen KZ und Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen, ganz in der Nähe Lüneburgs. E. Spoo schreibt in der FR vom 24.2. '87: »Jährlich kommen etwa 300.000 Besucher nach Bergen-Belsen, hauptsächlich ausländische Gruppen und Schulklassen. Außer Rasenhügeln über Massengräbern und den wenigen in einem Dokumentenhäuschen gezeigten verblichenen Karten und zerkratzten Fotos, die an das Leiden und Sterben von 50.000 jüdischen Häftlingen erinnern, bekommen die Besucher fast nichts zu sehen. So gibt es keinerlei Hinweis auf die 60.000 ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen oder auf die Sinti und Roma oder die Homosexuellen, die in Bergen-Belsen gequält wurden. Einziger Beschäftigter der Gedenkstätte ist seit Jahren ein Hausmeister, der Besuchern keinerlei historische Auskünfte zu geben vermag. Der privaten Initiative einer in der Nähe wohnenden ehemaligen Nazi-Verfolgten und ihrer Organisation, VVN — Bund der Antifaschisten, ist es zu verdanken, daß dennoch schon hunderte Führungen stattgefunden haben: die Landesregierung leistete keine Unterstützung, sie bewertet die VVN als linksextremistisch.«

Demgegenüber steht die politische Konzeption des Ostpreußischen Landesmuseums: Der Landsmannschaft wird über die spezifische Trägerschaft und Personalpolitik die institutionelle Möglichkeit eröffnet, ihre alte Politik — vielleicht in einigen Abteilungen als

Zugeständnis vor allem an die Jugendlichen »neu aufgemotzt« — als Teil ihres politischen Konzepts wirkungsvoll zu propagieren — und diese Politik ist ja

Auch in Lüneburg wachsen die Bäume der Reaktion noch nicht in den Himmel

bekannt: Die Landsmannschaften stellen die militantesten Verfechter einer Großdeutschland-Ideologie dar, der Aufkündigung völkerrechtsverbindlicher Verträge, welche die Anerkennung und Unantastbarkeit der Grenzen der osteuropäischen Staaten garantieren; sie sind die lautesten Schreier nach Aufrüstung, Atomwaffen und SDI, propagieren völkisches Gedankengut, schüren Nationalismus, verleugnen Ursachen und Wirkung und Verharmlosen die Verbrechen des deutschen Faschismus, und sie bieten den Alt- und Neonazis eine organisatorische Plattform.

Gewiß: Auch in Lüneburg wachsen die Bäume der Reaktion noch nicht in den Himmel. Trotz des Versuchs der »Entsorgung« der deutschen Geschichte von der faschistischen Vergangenheit kann Erfahrung und Wissen nicht einfach ausstrahlt werden. Obwohl sich

die Rechte mit dem Ostpreußischen Landesmuseum neue institutionelle Möglichkeiten aufgetan hat und einigen Schaden anrichten wird, ist derzeit kaum damit zu rechnen, daß das Museum eine massenhafte Resonanz finden wird. Die derzeitigen politischen Verhältnisse stehen zum Glück — im Gegensatz zu Zeiten vor etwa 30 Jahren noch — der militanten Zielsetzung des Revanchismus landsmannschaftlicher Prägung zum großen Teil entgegen, so sehr man sich auch in Bonn und anderswo bemüht, dieses zu ändern.

Ein Blick in die Geschichte zeigt aber, wie schnell sich die Zeiten ändern können, vor allem, wenn die sozialökonomische Krise mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu meistern ist (und es spricht alles dafür, daß z.B. die derzeitigen Arbeitslosenzahlen bei real vier Millionen nicht stehenbleiben werden): Kaum jemand hätte 1923 ernsthaft in Erwägung gezogen, daß nur 10 Jahre später der Gang nach rechts bereits soweit war, daß der Faschismus als Krisenlösungspolitik an die Macht gebracht werden und weitere nur 8 Jahre später eine faschistische Wehrmacht die Sowjetunion überfallen könnte? Diese Entwicklung aber konnte nicht allein gelingen durch die massive finanzielle und politische Unterstützung durch Großindustrie, Hochfinanz und Militär. Voraussetzung dafür war ebenso die jahrzehntelange gezielte ideologische Bearbeitung der deutschen Bevölkerung. Die »Volk ohne Raum-Ideologie«, der Antisozialismus und das au-

Hildesheimer Amtsrichter Stoll

FR 6.10.86

legt sich mit von Weizsäcker an

Rede beim Bund der Vertriebenen / Dem Bundespräsidenten „verbale Verirrung“ vorgeworfen

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 5. Oktober. Der Hildesheimer Amtsrichter Christian Stoll, der in den vergangenen Jahren als niedersächsischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier schon wiederholt durch neonazistische Reden hervortrat, in denen er die Deutschen als „Volk ohne Raum“ bezeichnete („Wir verzichten gern auf Brandt, Vogel und auch auf Kohl, nicht aber auf Schlesien“), hat in seiner jüngsten Ansprache beim Kreisverband Burgdorf des „Bundes der Vertriebenen“ auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker scharf attackiert. Stoll, langjähriges CDU-Mitglied, beschuldigte bei einer Kundgebung anläßlich des „Tages der Heimat“ den Bundespräsidenten, „die deutschen Heimatvertriebenen zu schulmeistern oder gar zu diffamieren“.

Der Kundgebungsredner empörte sich vor allem über Weizsäckers Rede am 8. Mai 1985 anläßlich des 40. Jahrestags der Kapitulation der Großdeutschen Wehrmacht. Stoll warf dem Bundespräsidenten „verbale Verirrung“ und „Runterspielen millionenfachen Leides“ der Vertriebenen vor und fuhr unmittelbar fort: „Schlimm sind aber diese Deutschen, die geistig ins Feindeslager übergelaufen sind und von verschiedenen Positionen im Inland her gegen das eigene Volk agieren.“

Der Redner beklagte: „Zigeuner darf man kaum noch als solche bezeichnen, und gar gefährlich ist es, sich gegen Ausländer oder Asylanten auszusprechen.“ Die Deutschen dagegen seien „Menschen zweiter Klasse und offenbar nicht Schutzobjekt jener Strafbestimmung, die man mit Volksverhetzung umschreibt.“ Nach seinen früheren Reden der Vertriebenenentreffen und bei der CDU-nahen Schüler-Union waren Beschwerden bei der niedersächsischen Justiz erfolglos geblieben. Der zuständige Präsident des Landgerichts Hildesheim, Hans-Georg Salge (CDU), sah keinen Anlaß zur Beanstandung.

An der Kundgebung in Burgdorf wirkte auch der hannoversche Landrat Karsten Hoppenstedt (CDU) mit.

FR 6.10.86

Aufruf zur Vaterlandsliebe

Spranger spricht sich für stärkeres Nationalbewußtsein aus

KÖLN. 5. Oktober (dpa). Zu Vaterlandsliebe und Nationalbewußtsein hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), aufgerufen. Bei einem deutschlandpolitischen Kongreß der Schlesischen Jugend sagte Spranger am Samstag in Köln, Vaterlandsliebe und Nationalbewußtsein seien nichts Negatives, nichts Verächtliches und nichts Verdächtiges, sondern wesentliche Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und Staates.

Spranger betonte, Nationalbewußtsein heiße nicht, sich in überheblicher Weise anderen Völkern überlegen zu fühlen, sondern verlange Kenntnis der eigenen Geschichte und Kultur, aus der heraus Trennendes zwischen den Völkern überwunden werden könne. Weiter sagte der CSU-Politiker, die deutsche Geschichte sei „keineswegs makellos und ohne Flecken“. Allerdings hätten die Deutschen auch die „einzigartige Fähigkeit“ entwickelt, sich „wie hypnotisiert in permanen-

ter Selbstanklage“ nur oder überwiegend mit ihren eigenen Fehlern zu befassen. Lernen aus der Geschichte sei dringend geboten, „einseitige Vergangenheitsbewältigung“ bringe jedoch nur eine schiefe Perspektive und führe nicht zu Erkenntnissen, mit denen die gegenwärtigen und künftigen Probleme gemeistert werden könnten. Auch die polnische Regierung müsse noch viel aus der Geschichte lernen, wenn sie nicht anerkennen wolle, daß in Schlesien Jahrhunderte Deutsche gelebt hätten und noch heute leben.

Der Vorsitzende der Jugendorganisation der Schlesier, Hartmut Koschyk, sagte zum Auftakt der zweitägigen Veranstaltung, Schlesien gehöre zur offenen deutschen Frage. Über die territoriale Zukunft Schlesiens könne nach dem Völkerrecht und nach deutschem Verfassungsrecht erst in einem Friedensvertrag entschieden werden. „Noch ist Schlesien nicht verloren, auch wenn seit 40 Jahren in Schlesien Macht vor Recht ergeht“, so Koschyk.

Benpolitische Feindbild war keine Erfindung der Nazis, sondern wurde weit vor 1933 propagiert (am lautesten durch jene, die davon profitierten, dem »Alldeutschen Verband« z. B.) und zwar auch schon 1923 latent als Denkmuster — jedoch noch ohne aktuelle Realisierungsmöglichkeit vorhanden.

Ebenso ist es heute — und darin auch liegt die Gefahr, die vom Ostpreußischen Landesmuseum für Demokratie und Frieden ausgeht: Es dient derzeit den Rechten als ideologisches Manipulationsinstrument in ihrem Konzept der Großdeutschland-Politik. Zugleich schafft es aber auch den Nährboden für eine politische Entwicklung, an dessen Ende wiederum der (Waffen-)Gang gen Osten ins Auge gefaßt werden kann.

Und wer garantiert uns eigentlich, daß dann die Celler Bombenleger nicht eines Tages »van der Lübbecke« heißen und für sie auch — zum Zwecke der »Staatsräson und für eine »freies Europa«, versteht sich — ein zweiter »Fall Gleiwitz« sinnvoll wird?

Peter Asmussen, VVN

20 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen:

Ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Heimat

L2
24.10.86

es Lüneburg. 20 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen in Niedersachsen-Nord — dieses Jubiläum 38 Jahre nach der Vertreibung gestaltete sich am Sonnabend in Lüneburg zu einem eindrucksvollen Bekenntnis zur Heimat.

3000 Mitglieder zählt die Landesgruppe im Regierungsbezirk Lüneburg-Stade, in Wolfsburg, Gifhorn und in der Stadt Lehrte. Mehr als 200 waren in den Spiegelsaal von Wellenkamps Hotel gekommen.

„Sie sind das mahnende Gewissen“, zitierte Erster Vorsitzender Werner Hoffmann aus der Grußbotschaft des Lüneburger CDU-Bundestagsabgeordneten Horst

Schröder. Einen „hohen politischen Auftrag“ habe die Landsmannschaft „beim Streben nach Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ zu erfüllen.

Lüneburgs Oberbürgermeister Horst Nickel, selbst Ostpreuße — er überbrachte die Grüße von Rat und Verwaltung — appellierte an seine Landsleute: „Bringen Sie den Heimatgedanken Ihren Enkelkindern näher!“ Gebot der Stunde sei, dieses Thema auch in den Schulen wieder verstärkt zu berücksichtigen.

Die Kreisvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Dr. Barbara Loeffke, erklärte im Namen des Landesvorstands ihrer Organisation unter Beifall:

„Wir sind unerschütterlich im

Glauben, unsere Heimat in Freiheit als blühendes Ostpreußen in einem geeinten Europa wiederzusehen.“

Stellvertretender Bundesvorsitzender Gerhard Wippich (Köln) betonte: „Die Menschenrechte in den ostdeutschen Gebieten werden heute noch verletzt.“

Mit Heimatliedern aus dem Land zwischen Memel und Weichsel erfreute der Sing- und Spielkreis aus Uelzen/Ebstorf unter Leitung von Elisabeth Kamrad die Landsleute. Und tiefen Eindruck hinterließ die Hörfolge mit Dichtung und Musik ostpreußischer Künstler, vorgetragen vom Rosenau-Trio Baden-Baden mit Heiga Becker als Pianistin, Willy Rosenau (Bariton) und Martin Winkler (Sprecher).